

# Jenseits des Wachstums?!

Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.

Kongress  
20.-22. Mai '11  
TU Berlin



Eckhard Stratmann-Mertens, Bochum  
Forum 03: Muss der Kapitalismus wachsen?

## Schrumpfung statt Wachstum. Übergang zu einer Gleichgewichtsökonomie

### I. WachstumsWende heißt Schrumpfung

Vor gut zwanzig Jahren (1990) hatten die GRÜNEN IM BUNDESTAG einen Gesetzentwurf „für eine ökologisch-soziale Wirtschaft“ als Gegenentwurf zum Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 vorgelegt. In diesem Gesetzentwurf wird das Ziel „stetiges und angemessenes gesamtwirtschaftliches Wachstum“ aufgegeben und durch das Ziel ersetzt, die ökologischen Grundlagen des Wirtschaftens zu bewahren oder wiederherzustellen (ökologisches Gleichgewicht); eine diesem Ziel verpflichtete ökologische Wirtschaftspolitik müsse eine selektive Wachstums- und selektive Schrumpfungspolitik<sup>1</sup> sein. Wenige Jahre später hatten die GRÜNEN ihren Abschied vom Wachstum revidiert und sich zu dem Ziel eines „nachhaltigen“ oder „grünen Wachstums“ bekannt; der Abschied vom Wachstumsdogma war weitgehend – von vereinzelt Mahnern abgesehen – aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden.

Seit der Zuspitzung der Klimakrise in Verbindung mit der Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise mehren sich neuerdings die wachstumskritischen Stimmen: Begriffe wie degrowth, décroissance, Postwachstumsökonomie, Postwachstumsgesellschaft oder WachstumsWende gewinnen über die politischen Lager hinweg an Zustimmung. Diesen Begriffen ist gemeinsam, dass sie unklar bleiben hinsichtlich der als notwendig erachteten beziehungsweise absehbaren monetären Wertschöpfung (bisher gemessen im Bruttoinlandsprodukt, BIP) auf dem Weg zu der angestrebten nachhaltigen Entwicklung.

Wenn Herman Daly, Mitbegründer der Steady-State Economics, für eine „Wirtschaft jenseits von Wachstum“ oder für eine „Wirtschaft im stationären Zustand“ plädiert, so versteht er unter Wachstum „die physische Ausmaßsteigerung des Sach- und Energiedurchlaufs“ der Wirtschaft (Daly 1999: 52). Eine stationäre Wirtschaft nach Daly ist „nicht im Hinblick auf das Bruttosozialprodukt definiert“, sie ist „nicht gleichbedeutend mit einem Nullwachstum des Bruttosozialprodukts“ (ebd. 53). In dem Buch „Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft“, herausgegeben von Irmi Seidl und Angelika Zahrnt, wird eine Postwachstumsgesellschaft so gekennzeichnet: „Es findet keine Politik zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums statt; /...In einer Postwachstumsgesellschaft, insbesondere während der Transformation, werden einige Bereiche wachsen, andere werden schrumpfen“ (Seidl/Zahrnt 2010: 24). In einem Vortrag zum Buch erläuterte Angelika Zahrnt, dass das Buch nicht für Nullwachstum plädiere, sondern für Unabhängigkeit vom Wachstum; es bleibe offen, ob die Wirtschaft bei ökologischer/nachhaltiger Entwicklung noch wachse, schrumpfe oder null-wachse. Zur Klärung der Perspektive eines Abschieds von Wachstumsziel oder einer „Wirtschaft ohne Wachstum“ ist es notwendig, den *Zusammenhang der stofflichen und der monetären Seite* von Produktion und Konsum zu bedenken. Angesichts der doppelten Ausbeutung des globalen Südens durch den globalen Norden (ökonomisch wie ökologisch / Ungleichverteilung der Ressourcen- und Umweltnutzung) müsste die Beendigung dieser Ausbeutung auch eine drastische Umverteilung der ökonomischen wie ökologischen Entwicklungschancen von Nord nach Süd bedeuten. In der weltweiten kapitalistischen

<sup>1</sup> Dieser Gesetzentwurf, seine Erläuterung und die Kontroverse dazu finden sich in: Stratmann-Mertens/Hickel/Priewe 1991.

Ökonomie sind allerdings die Ansprüche auf monetäre Wertsteigerung aller Art (Unternehmensgewinne, Vermögenseinkommen, Lohneinkommen, staatliche Transfereinkommen, Steuereinnahmen, Volkseinkommen/Bruttoinlandsprodukt) die, Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden, Triebkräfte für wirtschaftliches Wachstum, das mehr oder weniger an stoffliches Wachstum des Naturverbrauchs gekoppelt, zumindest aber nicht hinreichend entkoppelt ist.

Auch wenn es hier erheblichen Forschungsbedarf gibt, lässt sich schon heute überschlägig sagen, dass ein solcher Ausgleich der Entwicklungschancen zwischen Nord und Süd und eine entsprechende nachhaltige Transformation in den hochentwickelten Industriestaaten in diesen zu einer Schrumpfung des BIP führen wird.

Die schon in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts vorgelegten Konzepte für eine EnergieWende, eine VerkehrsWende, eine ChemieWende – verbunden durch den Begriff des ökologisch-sozialen Umbaus der Industriegesellschaft – zeigten allesamt auf, dass es notwendig ist, neue zukunftsfähige Branchen aufzubauen (unter anderem Solarwirtschaft, ÖPNV). Diesen Aufbauprozessen standen und stehen aber Bereiche gegenüber, die zurückgebaut werden bzw. schrumpfen müssen, zum Beispiel atomare und fossile Energieproduktion, Automobilsektor, Chlorchemie. Am Beispiel der VerkehrsWende kam die Studie „Nachhaltige Mobilität und potentielle Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt“ (Berendt/Stratmann-Mertens 1997) zu folgendem Ergebnis:

- Die *Verkehrswende* erfordert eine absolute Reduktion der gesamten Verkehrsleistung. Der damit angezeigte Strukturwandel hat in den Bereichen Verkehrsmittelbetrieb, Fahrzeugbau und –reparatur, Verkehrswegebau deutliche Gewinner, nicht minder aber auch erhebliche Verlierer.

- „Insgesamt ist eine Verringerung der Beschäftigten (genau: des Erwerbsarbeitsvolumens) im gesamten Verkehrssystem in einer Größenordnung von minus 400 000 Beschäftigten gegenüber dem Trend-plus-Szenario zu erwarten. Gegenüber dem Stand 1992 werden in 2010 knapp eine Million Erwerbstätige weniger im Verkehrssystem beschäftigt sein, d.h. ein Rückgang um rund 35 Prozent.“ (Ebd. 22f)

Die konkreten Zahlen dieser Studie sind veraltet, qualitativ dürfte sich aber bis heute an den Ergebnissen der Studie kaum etwas geändert haben. Und sie dürften auch für einen nachhaltigen Strukturwandel in anderen tragenden Sektoren der Volkswirtschaft richtungweisend sein. Hochindustrialisierte Ökonomien werden also im Übergang zu einer Gleichgewichtsökonomie, d.h. einer Ökonomie mit einem naturverträglichen Stoff- und Energieumsatz und einer naturverträglichen Belastung der Ökosysteme, nicht nur hinsichtlich ihres Naturverbrauchs schrumpfen müssen, sondern auch gesamtwirtschaftlich hinsichtlich ihres BIP. Hierbei wird davon ausgegangen, dass Strategien zur Entkopplung von Naturverbrauch und wirtschaftlichem Wachstum (sog. Effizienz- und Konsistenzstrategien) nicht die notwendige absolute Entkopplung für eine dauerhaft nachhaltige Entwicklung werden leisten können. Allerdings ist die *Schrumpfung des BIP* nicht das primäre Ziel des Übergangs zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Industriestaaten; aber sie ist die *absehbare und not-wendige Resultante dieser Transformation*. Eine Schrumpfung des BIP gilt gemeinhin als Rezession bzw. bei langer Dauer als Depression. Die berechtigte Angst vor den krisenhaften Folgen einer solchen Entwicklung kann nur dann eingedämmt werden, wenn im Vorhinein Konzepte entwickelt werden, die eine wirtschaftliche Schrumpfung ohne Kapitalflucht, eine weitere Zunahme der Massenarbeitslosigkeit und Armut, ohne soziale Brüche und eine Instabilisierung der Demokratie ermöglichen.

## **II. Schrumpfung und soziale Sicherheit Arbeitszeitverkürzung**

Absehbar wird das gesamte Erwerbsarbeitsvolumen in der Volkswirtschaft infolge einer Transformation zu einer Gleichgewichtsökonomie erheblich abnehmen. Um die bestehende Erwerbsarbeitslosigkeit zu überwinden und dem durch eine Nachhaltigkeitsstrategie bedingten Druck auf den Arbeitsmarkt zu begegnen, wäre eine radikale Arbeitszeitverkürzung in vielfältigen und selbstbestimmten Formen und in großen Schritten notwendig, also eine *Wochenarbeitszeit in der Größenordnung von 25 Stunden* verbunden mit einem erheblich verlängerten Jahresurlaub und einer erheblichen Ausweitung der Teilzeitarbeit. (Vgl. ausführlich: Stratmann-Mertens 1995). Um gegen die Widerstände der Unternehmerverbände eine weitgehende Arbeitszeitverkürzung mit einem möglichst hohen Beschäftigungseffekt zu erreichen, ist ein Entgeltausgleich nur für das untere Einkommensdrittel möglich. Allerdings werden durchschnittlich oder gar unterdurchschnittlich verdienende Beschäftigte nicht bereit oder in der Lage sein, auf einen erheblichen Teil ihres jährlichen *Tarifeinkommens* zu verzichten. Hier sind dann flankierende öffentliche Finanzierungsmodelle gefragt („Sozialeinkommen“), um den Reallohnverlust zumindest teilweise auszugleichen. Als Ausgleich zu einem deutlichen Verzicht der meisten Beschäftigten beim Jahresentgelt müsste ihr Einfluss auf die Personalplanung bezüglich tatsächlicher Neueinstellungen gesichert werden (Demokratisierung im Unternehmen). Ein Sinken der Erwerbseinkommen in Folge drastischer Arbeitsumverteilung muss keineswegs die materielle Existenzgrundlage der Beschäftigten gefährden. Es kann sogar mit einem Gewinn an Wohlfahrt einhergehen, wenn es in eine nachhaltige Entwicklung eingebettet ist (preisgünstiger ÖPNV, niedrigere Gesundheitskosten und anderes). Für solch weitgehende Arbeitszeitverkürzungen gilt es Abschied zu nehmen von dem Leitbild der Voll(zeit)beschäftigung. Auf der Basis hinreichender Einkommen (Tarif- plus Sozialeinkommen) wird der Wohlstand nicht mehr in erster Linie an den Einkommens-, sondern an den Zeitwüchsen gemessen werden können (Zeitwohlstand).

### **Bedingungsloses Grundeinkommen - Kritik**

In Teilen der Linken (Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen, BAG SHI, der AG genug für alle von Attac Deutschland und der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei Die Linke) wird – auch auf der Basis einer Kritik an der entfremdeten Erwerbsarbeit im Kapitalismus – ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) vorgeschlagen. Aus der grundsätzlichen Begründung für ein BGE, nämlich ein Existenzniveau ohne Armut zu sichern, darüber hinaus gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen und vom Zwang zur Erwerbsarbeit zu befreien, ergeben sich auch die Maßstäbe zur Bestimmung der finanziellen Höhe eines BGE in Deutschland. Die folgenden Angaben beziehen sich auf die Nettohöhe des BGE, d.h. ohne Steuern und Ausgaben für die Kranken- und Pflegeversicherung; diese werden von den zuständigen Ämtern übernommen. Die Höhe des BGE liegt bei allen drei Gruppierungen in der Größenordnung von 1000 Euro (BAG SHI: 1060 Euro, inklusive 260 Euro durchschnittliches Wohngeld), AG gfa/Attac: 990 Euro, BAG Linke: 1000 Euro plus Wohngeld). Das BGE wird von seinen BefürworterInnen, insbesondere bei der LINKEN und bei Attac, als Teil einer umfassenden und globalen Transformationsstrategie zur Überwindung des Kapitalismus und in Richtung einer ökologisch-nachhaltigen Gesellschaft verstanden. Werner Rätz (Attac) ist zuzustimmen, wenn er schreibt : „Wer eine schrumpfende Ökonomie wirklich will, muss zuvor eine Antwort auf die sozialen Ungerechtigkeiten und die extreme Verteilungsungerechtigkeit geben.“ (Rätz 2010). Allerdings muss sich das Konzept eines BGE hinsichtlich seiner ökonomisch-finanziellen Wirkungen darauf hin befragen lassen, ob es mit einer Transformation in Richtung einer Gleichgewichtsökonomie verträglich ist.

Die Vorschläge aller drei Gruppen zur Finanzierung ihrer BGE-Forderung stimmen darin überein, dass sie eine erhebliche Umverteilung des Geldvermögens von oben nach unten anstreben. Dazu werden vielfältige, im Einzelnen divergierende Vorschläge unterbreitet.

Katja Kipping, eine Vertreterin des Konzeptes der BAG Linke, verweist darauf, dass „etwa 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes...umverteilt werden“ müssten. Weiter schreibt sie, „dass 30 Prozent des Geldes, das an Menschen mit bisher geringem Einkommen geht, über den Umweg von mehr Konsum, Umsatzankurbelung sowie Umsatzsteuer wieder im Staatshaushalt landen...Unterm Strich müsste das reichste Drittel der Gesellschaft draufzahlen“. (Kipping 2010: 296f) Kipping rechnet also mit einem selbstfinanziertem Steuereffekt von ca. 257 Mrd. Euro, was eine gewaltige Steigerung des Konsums und des Gesamtumsatzes der Wirtschaft voraussetzen würde. Es ist offenkundig, dass die Umverteilung vom oberen Einkommensdrittel zum mittleren und unteren Drittel in dieser Größenordnung nur so funktionieren kann, dass monetäre Ansprüche des reichsten Drittels, die bisher in Finanzanlagen angelegt und damit der Realökonomie samt ihres Ressourcenbedarfs und ihres Schadstoffausstoßes entzogen sind, in die Realökonomie zurückgeführt werden samt der ökologischen Folgen. Das BGE würde also einen riesigen Wachstumsschub induzieren, der alle ökologischen Beteuerungen der BGE-BefürworterInnen zunichte macht. Auch die Erhebung einer Energiesteuer in den Finanzierungskonzepten für das BGE oder der Verzicht auf Destruktivtechnologien (Atomenergie, Rüstung, Autobahnen und anderes), wie von Werner Rätz vorgeschlagen, würden daran nur graduell etwas ändern. Zusammenfassend erweist sich das BGE somit infolge seiner finanziellen Ausstattung – und diese ist zur Garantie der geforderten Teilhabesicherung unverzichtbar – faktisch als ein *sozialstaatliches Wachstumsprojekt*, die *soziale Variante des New Deal*<sup>2</sup>.

### **III. Schrumpfungsökonomie – Herausforderungen des Übergangs**

Während das langfristige Ziel der Entwicklung eine nachhaltige Gleichgewichtsökonomie ist, eine Wirtschaft und Gesellschaft, deren Naturverbrauch nachhaltig ist, ist die nächstliegende Herausforderung für die politisch-ökonomische Wissenschaft und die Politik, den Übergang von der gegebenen Verschwendungs- und Ausbeutungswirtschaft hin zum Gleichgewichts“stadium“ zu konzipieren und durchzusetzen. Es gilt also, eine Schrumpfungsökonomie zu entwerfen, bis sich ein nachhaltiger Gleichgewichtszustand für Wirtschaft und Gesellschaft einstellen wird.

Hier seien nur einige wesentliche Fragen angeschnitten<sup>3</sup>.

#### **1. Kapitalismus und Markt**

Die Kritik am Kapitalismus verweist mit Recht darauf, dass es in dieser Gesellschaftsformation systemimmanente Triebkräfte des Wachstums gibt: das Profitmotiv der privaten Einzelkapitale, der mit dem Markt gegebene Konkurrenzdruck, zu wachsen oder unterzugehen. In letzter Konsequenz werden daher von einigen Strömungen der Kapitalismuskritik das Privateigentum an Produktionsmitteln, das Profitmotiv und die Konkurrenz/der Marktmechanismus gänzlich abgelehnt. Ich halte diese Konsequenzen für weit überzogen, da damit – bei aller notwendigen Kritik – die innovativen Potentiale von Privateigentum, Profitorientierung und Marktsteuerung negiert werden. Es kommt vielmehr darauf an, die Dominanz des Profitmotivs (oder des Kapitalverwertungsinteresses) über die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung zu überwinden, wenn man die dem Kapitalismus immanenten Triebkräfte des Wachstums bändigen. Sie müssten in eine Perspektive der Entglobalisierung eingebettet werden; hier wären unter anderem Beschränkungen für den freien Kapitalverkehr wieder einzuführen.

---

<sup>2</sup> Es ist an dieser Stelle nicht leistbar, eine wachstumsneutrale Konzeption für eine existenzsichernde und Teilhabe ermöglichende Grundsicherung zu skizzieren. Eine solche wäre allerdings not-wendig.

<sup>3</sup> Die folgenden Überlegungen sind aus Gründen der Länge des Beitrages auf die nationalstaatliche Ebene begrenzt.

will. Auf der Ebene der Einzelkapitale heißt dies für den Energiesektor zum Beispiel, dass perspektivisch die vier großen Energieoligopole entflochten und zum großen Teil rekommunalisiert werden müssen; aber auch nur zum Teil, denn die Konkurrenz mit kleinen Ökostromanbietern wirkt sich positiv aus.

Von dem *Drang* im Wettbewerb stehender Einzelkapitale zu wachsen (mikroökonomische Ebene) auf einen gesamtwirtschaftlichen Wachstumszwang (makroökonomische Ebene) im Kapitalismus zu schließen, erweist sich als Kurzschluss. Es ist auch in einer kapitalistischen Ökonomie denkbar, dass der Staat weitgehende ökologische Rahmenvorgaben erlässt, die zu einer gesamtwirtschaftlichen Schrumpfung führen, wobei dann der Wettbewerb der Einzelkapitale um einen schrumpfenden Gesamtumsatz an Schärfe zunähme.

Eine zentrale Stellung im ökologisch-sozialen Umbau müsste eine *ökologische Steuerreform* einnehmen, die streng nach dem Verursacherprinzip die Preise für den Naturverbrauch „die ökologische Wahrheit sagen“ lässt. Das Steueraufkommen müsste zum einen dazu verwendet werden, ökologisch-verträgliche Alternativen zu fördern (also: drastische Verteuerung des Automobil- und Flugverkehrs, Ausbau und Verbilligung des öffentlichen Personenverkehrs), zum anderen dafür, durch Senkung der Lohnnebenkosten den Anreiz zur Produktivitätssteigerung vom Faktor Arbeit zum Faktor Naturnutzung umzulenken. Wieviel Kapitalismus (kapitalistische Bereiche) und Markt mit dem Übergang zu einer Gleichgewichtsökonomie verträglich oder ihm sogar zuträglich sind, kann nur die Erfahrung künftiger Auseinandersetzungen und Entwicklungen zeigen<sup>4</sup>.

## 2. Staatliche Rahmenplanung und Staatsverschuldung

Die Herausforderung für eine gezielte Schrumpfungspolitik ist, dass die Schrumpfung, die ja einen Rückgang des BIP bedeutet, nicht in eine Rezessionsspirale einmündet, die ökonomisch wie sozial nicht mehr steuerbar wäre. Sicher ist, dass eine sozialverträgliche Übergangsökonomie nur gestaltet werden kann, wenn Methoden und Instrumente einer staatlichen und demokratischen Rahmenplanung entwickelt und eingesetzt werden. Auf eine *Konjunkturpolitik*, die sich an dem Ziel einer stetigen und nachhaltigen Entwicklung orientiert, kann nicht verzichtet werden. Eine Rezession wie 2009 (Rückgang des BIP um 4,7 Prozent) müsste dann aber nicht als große Krise interpretiert werden, auf die mit „Wachstumsbeschleunigung“ welcher Art auch immer zu reagieren ist, sondern könnte der Einstieg in eine andere, nachhaltige Entwicklungsrichtung sein. Für die staatliche Rahmenplanung ist unter anderem ein monetäres Maß für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft unverzichtbar. Der Staat braucht dies als Grundlage seiner Planung, sowohl national als auch supranational (z.B. im Rahmen der EU): zur Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung, für die mittelfristige Finanzplanung, die Planung der sozialen Sicherungssysteme. Unbestritten ist das BIP als Indikator der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit höchst korrekturbedürftig.

Das zentrale und zugleich schwierigste Problem bei einem planvollen Übergang zur Nachhaltigkeit ist die innere Stimmigkeit und zeitliche Abgestimmtheit der verschiedenen Planungen und Maßnahmen, die in verschiedenen Fachressorts der Bundesregierung, auf den verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften, auf den staatlichen Ebenen, in der privaten Wirtschaft wie in der Zivilgesellschaft ergriffen werden. Es müssen verschiedene Instanzen auf Regierungsebene wie unter Einbeziehung der relevanten Akteure geschaffen werden, die die Koordination und Kohärenz der einzelnen Maßnahmen sicherstellen. Eine *mittelfristige Rahmenplanung* müsste daher vier Elemente umfassen:

- einen ökologischen Rahmenplan
- einen Rahmenplan für den Arbeitsmarkt

---

<sup>4</sup> Eine Perspektive über den Kapitalismus hinaus wird vom Autor für wünschenswert gehalten, ist aber nicht das Thema dieses Beitrags.

- mehrjährige Investitions- und Deinvestitionsprogramme
- eine mittelfristige Finanzplanung.

Eines darf es für eine nachhaltige Konjunkturpolitik nicht geben: den ungebremsten Rückgriff auf die Staatsverschuldung. Gründe dafür sind die wachstumssteigernde Funktion der Staatsverschuldung der letzten Jahrzehnte und ihre enormen verteilungspolitischen Wirkungen zugunsten der großen Vermögen. Eine verfassungsrechtliche und in der Durchführung sozial gerechte *Schuldenbremse* – oder auf EU-Ebene eine entsprechende vertragsrechtliche Regelung ohne Schlupflöcher – mit dem Ziel einer ausgeglichenen Haushaltsführung ist daher unverzichtbar<sup>5</sup>.

### 3. Ökologische Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Wirtschaftsdemokratie

Der Umschwung zu einer nachhaltigen Entwicklung ist aus Gründen der globalen ökologischen Gerechtigkeit notwendig. Die Bevölkerung des reichen Nordens hat kein Privileg – und dies gilt auch für die (relativ) Armen im Norden –, ein Mehr des begrenzten Naturraumes für die persönliche Lebensgestaltung zu vernutzen als alle übrigen oder die zukünftigen Menschen auf dem Globus. Der Übergang zur Nachhaltigkeit kann zwar zu einem Mehr an Lebensqualität und Lebensglück führen, wird aber in jedem Fall für die meisten Menschen mit einem Weniger an Einkommen und Geldvermögen verbunden sein. Und der Übergang kann nur gelingen, wenn er demokratisch erfolgt, also von einer breiten Mehrheit der abhängig Beschäftigten, der KonsumentInnen und der WählerInnen getragen wird. Dazu bedarf es zweier Voraussetzungen.

a) Der Übergang muss mit einem *Mehr an sozialer Verteilungsgerechtigkeit* verbunden sein. Vorgeschlagen wird daher eine Kraftanstrengung für eine Umverteilung von oben nach unten, wie sie angesichts der Kriegszerstörungen und Vertreibungen infolge des Zweiten Weltkriegs einschließlich der Währungszerrüttung in der Bundesrepublik mit dem Lastenausgleich (ein umfangreiches Gesetzespaket vom Soforthilfegesetz 1949 bis zum Lastenausgleichsgesetz 1952) aufgebracht wurde. Ein solcher *Lastenausgleich* müsste unter anderem umfassen:

- die Wiedereinführung der Vermögensteuer/eine Vermögensabgabe der privaten Haushalte und der Banken/Versicherungen
- einen erheblichen Erlass der öffentlichen Schulden, um die Belastung der öffentlichen Hände durch den in den letzten Jahrzehnten aufgebauten Schuldenberg zu mindern.

b) Die Transformation der Ökonomie zu einer Gleichgewichtsökonomie verlangt tiefe Einschnitte in die ökonomischen Entscheidungsprozesse. Dazu ist es erforderlich, die ökologischen und sozialen Belange und die Partizipationsbedürfnisse der abhängig Beschäftigten sowie der KonsumentInnen in der Unternehmensverfassung und in den Entscheidungsverfahren zu verankern (Ausbau der Unternehmensmitbestimmung, Förderung von Mitarbeitergesellschaften, mehr Bürgerbeteiligung in den Planungsverfahren mit Elementen der direkten Demokratie). „Je mehr die unterschiedlichen Interessen ex ante den Wirtschaftsprozess mitbestimmen können, um so geringer wird der ökologische und soziale Reparaturbetrieb der reinen Nachsorge. Es liegt daher nahe, die herrschende Wirtschaftsordnung zu einer „*Ökologischen Wirtschaftsdemokratie*“ weiterzuentwickeln.“ (Stratmann-Mertens 1991: 199).

Die oben skizzierten Elemente einer Übergangsstrategie unterscheiden sich von manchen Ansätzen einer Solidarischen Ökonomie dadurch, dass sie an dem bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem ansetzen und an entscheidenden Stellen andere Regulationsmechanismen vorsehen. Dies widerspricht nicht notwendig Ansätzen einer

---

<sup>5</sup> Dies heißt nicht, dass der Autor mit der konkreten Ausgestaltung der gesetzlichen Schuldenbremse in Deutschland, die seit 2011 greifen soll, übereinstimmt.

Solidarischen Ökonomie wie „raus aus der Lohnarbeit“, raus aus Marktbeziehungen, Gemeinschaftsarbeit in „Stadtgärten“ (unter anderem Exner/Lauk/Kulterer 2008: 212-217<sup>6</sup>), sieht in ihnen aber nicht den entscheidenden Ansatzpunkt für eine Transformationsstrategie aus der Wachstumsgesellschaft.

### **Literatur:**

Behrendt, Dieter / Stratmann-Mertens, Eckhard (1997): Verkehrswende und Beschäftigungssillusion. Nachhaltige Mobilität und potentielle Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt, in: ÖKOREGIO. Büro für ökologische Wirtschafts- und Regionalentwicklung – Bochum, ÖKOREGIO-Schriftenreihe, Nr. 9/April 1997

Blaschke, Ronald (2010): Aktuelle Ansätze und Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen in Deutschland. Vergleichende Darstellung, in: Blaschke, Ronald / Otto, Adeline / Schepers, Norbert (Hrsg.), Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten, Berlin, S. 301- 382

Daly, Herman E. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung, Salzburg

Exner, Andreas / Lauk, Christian / Kulterer, Konstantin (2008): Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern, Wien

Kipping, Katja (2010): Demokratie und Grundeinkommen – ein politischer Essay, in: Blaschke et al., S. 293-300

Rätz, Werner (2010): Es ist genug für alle da – auch ohne Wachstum. Beitrag auf dem Düsseldorfer Attac-Ratschlag, 16.4.2010;  
<http://grundeinkommen-attac.de/index.php?id=7948>

Seidl, Irmi / Zahrnt, Angelika (Hg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg

Stratmann-Mertens, Eckhard / Hickel, Rudolf / Priewe, Jan (Hg.) (1991): Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik, Frankfurt am Main

Stratmann-Mertens, Eckhard (1991): Rahmenplanung in einer ökologisch-sozialen Wirtschaft, in: Stratmann-Mertens, Eckhard / Hickel, Rudolf / Priewe, Jan (Hg.) (1991): Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik, Frankfurt am Main, S. 177-200

Stratmann-Mertens, Eckhard 1995: Zeitwohlstand mit 1100 Jahresstunden. Sinnvolle Arbeit für alle ohne Wachstum und Vollbeschäftigung, in: Belitz, Wolfgang (Hg.): Wege aus der Arbeitslosigkeit, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 83-102

---

<sup>6</sup> Unser entschiedener Widerspruch gilt der Aussage der Autoren: „Genauso wenig werden wir die Welt durch Reformen verändern, die der Staat betreibt“ (S. 217). Schon das teilhabesichernde Grundeinkommen, für das sich die Autoren einsetzen, wäre nur durch den Staat einzuführen und zu finanzieren.

